

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 6. bis 8. Januar 2016

EUROPA GEMEINSAM GESTALTEN

07.01.2016

Europa wird auf eine harte Probe gestellt – wie wohl nie zuvor seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Der islamistische Terrorismus schlägt im Herzen Frankreichs zu. Terror und Krieg nicht nur im Nahen Osten, insbesondere aber in Syrien, treiben hunderttausende Menschen in die Europäische Union. Nur wenige Mitgliedstaaten sind bereit, diesen Menschen Zuflucht zu gewähren. Dazu kommt: Die Staatsschuldenkrise ist noch nicht vollständig überwunden; in vielen europäischen Staaten fehlt es an den notwendigen Strukturreformen zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. An der zwingend notwendigen Haushaltsdisziplin mangelt es an vielen Orten.

Wir werden all diese Probleme und Herausforderungen nur dann bewältigen, wenn wir gemeinschaftlich handeln und unsere gemeinsam beschlossenen Regeln auch einhalten. Rechtstreue, Solidarität und Subsidiarität müssen gelebt und nicht nur versprochen werden. Nur so haben wir in Europa eine gemeinsame Zukunft. Wir brauchen eine Europäische Union, die sich handlungsfähig zeigt gegenüber den großen Aufgaben der Gegenwart. Die einig und stark nach außen ist, aber flexibel nach innen.

Reformdiskussion offen führen – Klare Regeln für Solidarität, Subsidiarität und Freizügigkeit

Die Geltung des Rechts in der Union muss wieder durchgesetzt werden. Die Beugung des EU-Rechts durch einige Mitgliedstaaten in der Staatsschulden-, wie auch in der aktuellen Flüchtlingskrise, hat das Vertrauen der Bürger in die EU als Gemeinschaft des Rechts erschüttert. Denn Solidarität und Verantwortung sind Leitprinzipien der Europäischen Union. Wer auf der einen Seite Solidarität einfordert, muss im Gegenzug auch bereit sein, gemeinsam Lasten zu tragen.

Forderungen nach einem neuen Gleichgewicht und einer Weiterentwicklung der Europäischen Union müssen offen und ohne Tabus diskutiert werden. Die EU braucht freiheitliches Denken und Pragmatismus heute mehr denn je. Den Vorschlägen für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union muss daher mit Gesprächsbereitschaft und nicht mit Abwehr begegnet werden. Vertragsänderungen dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

- ♦ Die CSU-Landesgruppe will starke Zusammenarbeit wo und wenn nötig, aber Eigenverantwortung wo möglich. Nur eine flexible Kooperation ist zukunftsfähig. Nicht alle Integrationsschritte müssen von sämtlichen Mitgliedern gegangen werden. In den integrierten Bereichen müssen aber alle, die teilnehmen, die vereinbarten Regeln strikt einhalten.

- ◆ Eine Erweiterung der Europäischen Union ist nur dann möglich, wenn die EU im Innern gefestigt ist. In absehbarer Zukunft kann es daher zu keiner Erweiterung kommen.
- ◆ In Europa geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Neben dem Europäischen Parlament müssen daher die nationalen Parlamente mehr noch als bisher in die Politik der EU eingebunden werden. Ein Vetorecht für eine Gruppe von Parlamenten gegenüber europäischer Gesetzgebung („rote Karte“) kann ein sinnvolles Mittel zur Stärkung ihrer Stellung sein, wenn durch ein vernünftiges Quorum sichergestellt ist, dass keine Lähmung der Gesetzgebung droht.
- ◆ Eine Überprüfung der bestehenden Ansprüche auf sozialstaatliche Transferleistungen tut Not, um Sozialmissbrauch zu unterbinden und die Glaubwürdigkeit der europäischen Freizügigkeit nicht zu unterminieren. Eine weitere Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Eine europäische Arbeitslosenversicherung wird es mit uns nicht geben.
- ◆ Es ist richtig, dass Europa das Thema Wettbewerbsfähigkeit stärker in das Zentrum rückt und Bürokratie abbaut. Wir sind uns einig, dass eine tiefgreifende Reform der EU nötig ist, die ihre Funktionsweise, ihre Verfahren und ihre Regeln vereinfacht.
- ◆ Ein weltweiter Freihandel, der auf fairen Standards beruht, liegt in unserem Interesse. Die CSU-Landesgruppe unterstützt den zügigen Abschluss von Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada und anderen Handelsnationen. Mit uns wird es an den hohen deutschen und europäischen Standards – im Arbeitsleben, beim Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der Daseinsvorsorge und bei der Gentechnik – keine Abstriche geben.

Lehren aus der Staatsschuldenkrise

Die Staatsschuldenkrise hat die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Eurozone klar vor Augen geführt. Eine solche Tendenz hin zu einer Kerngruppe mit strikteren Regeln, Strukturreformen, enger wirtschaftspolitischer Koordinierung, Haushaltsdisziplin und Elementen einer politischen Union kann aber nur unter bestimmten Bedingungen funktionieren.

- ◆ Die Regeln des verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen glaubhaft zur Anwendung kommen. Politische Rabatte bei der Anwendung der Regeln darf es nicht geben.
- ◆ Die Krise hat mehr als deutlich gezeigt: Schuldenmachen ist der falsche Weg für nachhaltiges Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze in Europa. Vielmehr sind die betroffenen Staaten gefordert, endlich weitreichende und überfällige Strukturreformen auf den Weg zu bringen und die Haushaltsdisziplin zu achten. Nur so kann es gelingen, Europa insgesamt wieder wettbewerbsfähig und für Investitionen attraktiv zu machen.
- ◆ Nachdem wir die Staatsschuldenkrise überwunden haben, müssen wir ein umfassendes Insolvenzverfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden einführen. Dabei geht es um die geordnete Bedienung von Schulden verbunden mit strukturellen Reformen und einer Konsolidierung des Haushalts der Schuldnerstaaten. Ländern, die dauerhaft nicht bereit oder in der Lage sind, den Regeln der Währungsunion zu folgen, sollte ebenso auch ein geordnetes Ausscheiden aus der Eurozone beziehungsweise das Einführen einer Parallelwährung möglich sein.
- ◆ Wir sind gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken: Wir wollen keine Vergemeinschaftung von Staatsschulden durch Eurobonds oder Schuldentilgungsfonds. Genauso wenig akzeptieren wir die Übernahme von Risiken ausländischer Banken auf Kosten deutscher Sparer. Im Bereich des Bankensystems müssen daher die bereits beschlossenen Regeln der Bankenunion ohne weitere Verzögerung von allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Ein vergemeinschaftetes europäisches Einlagensicherungssystem lehnen wir ab.
- ◆ Nichteurostaaten dürfen keine EU-Mitglieder zweiter Klasse werden. In den Beziehungen der Eurozone zu den Nichteurostaaten muss angemessen Rücksicht auf die legitimen Interessen der Nichtmitglieder und die Funktionsfähigkeit und Integrität des Binnenmarktes genommen werden – ohne dass Nichteurostaaten ein Vetorecht zukäme. Dem Ziel einer flexiblen Union entspricht es, dass Mitgliedstaaten

sich auch auf ein Ausnahmerecht (opt-out) beim Euro berufen und eine eigene Währung beibehalten können.

Gemeinsames Auftreten nach außen

Viele Krisen betreffen die Europäische Union in ihrer Gesamtheit. Sie verlangen gemeinsame Antworten und ein koordiniertes Auftreten. Nur dann kann Europa sein geostrategisches Potenzial voll ausschöpfen. Um Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt voranzubringen, brauchen wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in der alle 28 Mitglieder an einem Strang ziehen. Nur ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird auf internationaler Ebene gehört.

- ◆ Sichere Außengrenzen ermöglichen unsere Freiheit im Inneren Europas. Von Personenkontrollen an den Binnengrenzen können wir nur absehen, wenn die EU-Außengrenzen effektiv geschützt sind. Dies ist eine gemeinsame europäische Anstrengung, die die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Grenzschutzagentur Frontex zu erfüllen haben. Wenn die Sicherung der EU-Außengrenze in einem Mitgliedstaat nicht funktioniert, ist die Sicherung durch die Grenzschutzagentur Frontex durchzuführen und die Kommandogewalt zu übertragen. Hierfür muss Frontex zu einem echten EU-Grenz- und Küstenschutz mit eigenem Personal und Ausrüstung weiterentwickelt werden. Dieser muss dann die Durchsetzung und Kontrolle der EU-weiten Asylgrundsätze sicherstellen, insbesondere den Abgleich mit Fahndungsdateien, die Registrierung und möglichst grenznahe Abwicklung der Verfahren. Zudem sind die schnellstmögliche Funktion der Hot-Spots und eine intensiverte Rückführung abgelehnter Asylbewerber sicherzustellen. Baldmöglichst muss es den Dreiklang geben: sichere EU-Außengrenzen, feste europäische Kontingente für Bürgerkriegsflüchtlinge und ein solidarischer Verteilmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten.
- ◆ Nach den Anschlägen von Paris muss Europa jetzt zusammenstehen und mutig den Weg in eine Europäische Verteidigungsunion gehen. Militärische Stärke muss sichtbar sein. Ein ständiges EU-Hauptquartier sowie die Schaffung von wirksameren Instrumenten zur schnellen Krisenprävention, -reaktion und Konfliktbeilegung sind hierfür erste entscheidende Schritte. EU-Gefechtsverbände dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen auch zeitnah in Krisensituationen eingesetzt werden können. Auch bei der Interoperabilität, einer besseren Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften und der Europäisierung der Ausstattung müssen wir vorankommen.
- ◆ Eine Europäische Armee – als starker europäischer Pfeiler in der NATO – sollte für Nationen, die sicherheitspolitisch vorangehen wollen, Ziel der Entwicklung sein.

Die Gemeinsame Agrarpolitik zukunftsfest machen

Die Gemeinsame Agrarpolitik ist eines der historischen Standbeine der Union. Wie wichtig ein gemeinsamer Agrarmarkt, gemeinsame Regeln im Krisenfall und die Direktzahlungen sind, hat sich infolge der russischen Einfuhrbeschränkungen für europäische Agrargüter erneut gezeigt.

- ◆ Als Ausgleich für die hohen Anforderungen im Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz brauchen wir auch nach 2020 ein leistungsfähiges System der Direktzahlungen. Wer die Direktzahlungen infrage stellt, gefährdet nicht nur die Zukunft einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft, er setzt auch die Zukunft unserer ländlichen Räume aufs Spiel. Die Regeln der Direktzahlungen müssen grundlegend vereinfacht werden: Dies betrifft sowohl das sogenannte Basisrecht als auch die Bestimmungen zum Greening. Die von der Kommission vorgelegten Vereinfachungsvorschläge können nur ein Anfang sein.
- ◆ Wir brauchen eine weitergehende Harmonisierung der Produktionsstandards – und deren stringente Durchsetzung. Höchste Anforderungen im Tierschutz helfen nichts, wenn dadurch die Produktion in Nachbarländer abwandert. Wer höchste Anforderungen im Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz stellt, ist es seinen Bauern schuldig, die vollständige Umsetzung in anderen Mitgliedstaaten einzufordern und wirkungsvolle Einfuhrkontrollen sicherzustellen.